

# Antifaschistischer Aktionstag gegen die Nazi-Demonstration am 14. Oktober 2006 !

**Für den 14.10.2006 ruft die neofaschistische NPD unter dem Motto "Nationale Arbeitsplätze statt internationaler Profite" zu einem Aufmarsch durch die Hamburger Innenstadt auf.**

Dieses Motto kommt keineswegs zufällig zustande, denn die Verunsicherung einer Vielzahl von Menschen wächst angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Rationalisierung, Standortverlagerung und Hartz IV. Solche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Globalisierung versuchen NPD sowie Freie Kameradschaften ebenso politisch auszunutzen wie gewerkschaftliche Proteste gegen die weitere Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Ihre jüngsten Wahlerfolge in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ermutigen sie, auf diesem Wege fortzufahren. Weder offene Gewalt gegen demokratische Parteien im Wahlkampf noch langjährige NS-Verherrlichung haben knapp 60.000 WählerInnen davon abgehalten, der NPD ihre Stimme zu geben - zur Mäßigung werden die Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern und anderswo daher keinen Grund sehen. Die ihnen im Landtag nun zur Verfügung stehende Möglichkeiten, die Öffentlichkeit zu erreichen, und die finanziellen und personellen Mittel erweitern den Aktionsraum der Neonazis erheblich. Dies wird auch in Hamburg zu merken sein, wo in Kürze der bundesweit aktive Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger in die NPD eintreten wird. In dieser Situation ist es ein besonderer politischer Skandal, dass der Hamburger Senat den Neonazis eine Demonstrationsroute mitten durch die Innenstadt genehmigt hat.

Die vermeintliche Kritik der Neonazis an Globalisierung und Kapitalismus hat bereits Tradition. Auch in Hamburg versuchten Rechte, an Montagsdemos gegen Hartz IV teilzunehmen, verteilten Flugblätter vor der Agentur für Arbeit und veranstalten Infotische, in denen sie scheinbar bürgernah und kapitalismuskritisch auftreten. Ihre Kritik an der herrschenden Wirtschaftsordnung aber ist immer rassistisch, antisemitisch und sozialdarwinistisch („Recht des Stärkeren“) aufgeladen.

Ungeachtet der Tatsache, dass sich einige der extrem rechten Forderungen mühelos in die Rhetorik der bürgerlichen Parteien einordnen (z.B. Schwächung der Gewerkschaften), müssen ihre Argumentationen als das aufgedeckt werden, was sie sind: der Versuch, ein völkisches Gegenmodell zur Globalisierung einzufordern. Vollbeschäftigung könne erreicht werden, wenn als fremd definierte Menschen und kulturelle Ausdrucksformen aus Gesellschaft und Wirtschaftssystem ausgeschlossen würden. Die hier empfohlene rassistische Ausgrenzung würde faktisch den Ausschluss von MigrantInnen aus Arbeitsmarkt und Sozialversicherungssystemen bedeuten - und damit deren Zusammenbruch. Zudem sprechen sie sich für

Zwangsarbeitsdienste aus und fordern die Beseitigung unabhängiger Gewerkschaften, so dass die Lohneinkommen einseitig durch die Kapitalisten bestimmt würde. Ziel sind eine Nation und ein Nationalstaat, die sich durch ethnische und kulturelle Einförmigkeit sowie eine möglichst autarke Wirtschaft bestimmen. Das heißt im Klartext: "Deutschland den Deutschen."

Auf diesem ebenso rassistischen wie anti-aufklärerischem Weltbild formulieren die Nazis ihre vermeintliche Kapitalismuskritik. Auf nationaler Ebene soll an der Wirtschaftsordnung jedoch nicht gerüttelt werden, nur das sogenannte "internationale Finanzkapital" soll angegriffen werden - die Reaktion auf eine antisemitische Konstruktion, die nicht in der Lage ist, komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge zu erklären und deshalb den Kapitalismus als eine Art Weltverschwörung ansieht, in dem die Schuldigen leicht ausfindig gemacht werden können. Dies kann kein Gegenmodell zur Welt sein, wie sie ist.

Als AntifaschistInnen treten wir für eine gerechte und solidarische Welt auf der Grundlage von Gleichheit und Freiheit ein; unsere Kritik an der kapitalistischen Globalisierung zielt darauf ab, dass sich die Menschen aus Unmündigkeit und Zwangsverhältnissen befreien. Dies ist das Gegenteil dessen, was die Neofaschisten anstreben: die Unterwerfung unter angebliche Naturgesetze, wenn es sein muss, mit Gewalt.

Die Menschen und Menschenrecht verachtende Ideologie der Neonazis darf nicht noch einmal Einfluss gewinnen. Widersprechen wir ausländerfeindlichen Äußerungen in Schule, Stadion und am Arbeitsplatz. Treten wir ein für ein solidarisches Miteinander, das nicht nach Hautfarbe oder Herkunft unterscheidet. Protestieren wir gegen alle Versuche der Neofaschisten, mit ihrer Hetze an die Öffentlichkeit zu gehen.

**Dem Treiben dieser Organisationen aktiv entgegenzutreten, ist eine dringliche Aufgabe. Unser Ziel ist es, gegen den Nazi-Aufmarsch am 14. Oktober 2006 möglichst viele Menschen auf die Straße zu bringen und damit ein ermutigendes Zeichen gegen das Erstarken der Neonazis zu setzen. Sei dabei !**

14. Oktober 2006  
Hamburger Bündnis gegen Rechts

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. -  
Daher: Sofortige Auflösung aller faschistischen Organisationen.

**Kein Fußbreit den Nazis - in Hamburg oder anderswo !  
Demonstration: 10.30 Uhr, Gänsemarkt**